

– Pressemitteilung des Liberal-Demokratischen Laboratoriums vom 16. April 2019 –

## **Liberal-Demokratisches Laboratorium: Artikel 15 nicht aus Grundgesetz streichen**

**Bender: „Ein handlungsfähiger Staat sollte die verfassungsrechtliche Möglichkeit zur Vergesellschaftung nicht aus der Hand geben.“**

Das „Liberal-Demokratische Laboratorium“, eine von Professorinnen und Professoren ins Leben gerufene neue politische Bewegung, spricht sich gegen den Vorstoß von FDP- und CDU/CSU-Politikern zur Streichung des Artikels 15 im Grundgesetz (GG) aus.

Artikel 15 GG ermächtigt den deutschen Gesetzgeber, Grund und Boden sowie Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung – d.h. der Sozialisierung – in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft gegen Entschädigung zu überführen.

„Der Artikel 15 regelt mit der Sozialisierung ein gegenüber der einfachen Enteignung eigenständiges Rechtsinstitut“, erläutert Philipp Bender, Generalsekretär des Laboratoriums und Rechtswissenschaftler an der Universität Bonn. „Mit der Sozialisierung wird nicht der einzelne Eigentümer entschädigungspflichtig enteignet, sondern es geht um ganze Unternehmen bzw. ganze Eigentümergruppen.“

Es könne nicht ausgeschlossen werden für die Zukunft, dass Formen der Gemeinwirtschaft denkbar werden – insbesondere mit Blick auf Banken Krisen. Daher solle Artikel 15 GG grundsätzlich auch künftig dazu dienen, das von der Verfassung gedeckte Spektrum des wirtschaftspolitisch Möglichen zu verdeutlichen, so die liberal-demokratische Initiative.

Da eine Sozialisierung nur in den durch Artikel 15 GG verfassungsrechtlich vorgegebenen Formen und Grenzen erfolgen könne, schütze die Vorschrift gerade auch das Individualeigentum und erweise sich

insoweit nicht zuletzt als Abwehrrecht gegenüber rechtswidrigen Eigentumsbeschränkungen, so Bender weiter.

Zwar sei es in der Tat so, dass von der Ermächtigung zur Sozialisierung in Artikel 15 GG bislang kein Gebrauch gemacht wurde. Dennoch sei die Verfassungsvorschrift nicht für alle Zeit obsolet geworden. Bender: „Ein handlungsfähiger Staat sollte die verfassungsrechtliche Möglichkeit zur Vergesellschaftung nicht aus der Hand geben.“ Die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft solle gerade sowohl marktwirtschaftliche als auch gemeinwirtschaftliche Elemente umfassen.

Das Vorhaben der Abgeordneten von FDP und Union trifft aus der Sicht des Liberal-Demokratischen Laboratoriums „die Sache nicht im Kern“ und sei überdies „ein alter Hut“: Bereits 2006 sei die FDP mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage **[BT-Drs. 16/3301]** im Bundestag gescheitert. Auch dieses Mal wäre eine verfassungsändernde Mehrheit wohl nicht zu erreichen.

**– Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung –**

Homepage des Liberal-Demokratischen Laboratoriums:

[www.libdela.de](http://www.libdela.de)

Ansprechpartner:

**Dr. Philipp Bender**

Generalsekretär des Liberal-Demokratischen Laboratoriums

bender@libdela.de

+49 (0)152/33982537